



2022/2172(INI)

27.1.2023

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Haushaltsausschuss

zu dem Thema „Eigenmittel: ein Neubeginn für die Finanzen der EU, ein
Neubeginn für Europa“
(2022/2172(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Helmut Scholz

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass in Artikel 311 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vorgesehen ist, dass sich die Union mit den erforderlichen Mitteln ausstattet, um ihre Ziele erreichen und ihre Politik durchführen zu können; in der Erwägung, dass nach demselben Artikel der Haushalt der Union unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert wird;
- B. in der Erwägung, dass Beiträge auf Grundlage des Bruttonationaleinkommens (BNE) nur 75 % des Unionshaushalts ausmachen und dass die politischen Strategien der Union daher von Haushaltsentscheidungen der Mitgliedstaaten abhängen können; in der Erwägung, dass der Unionshaushalt zudem aus echten Eigenmitteln finanziert wird, und zwar aus Zöllen und der Mehrwertsteuer, obwohl die Mitgliedstaaten dazu neigen, diese Mittel als nationale Beiträge zum Unionshaushalt zu betrachten;
- C. in der Erwägung, dass europäische Bürgerinnen und Bürger im Zuge der Konferenz zur Zukunft Europas vorgeschlagen haben, den Unionshaushalt durch neue Eigenmittel zu stärken¹ und dass das Parlament über den Unionshaushalt entscheiden sollte, da dies das Recht der Parlamente auf nationaler Ebene ist²;
- D. in der Erwägung, dass nach Auffassung des Gerichtshofs „[...] die Ausübung seiner Haushaltszuständigkeit in Plenarsitzung durch das Parlament ein grundlegendes Element des demokratischen Lebens der Union [darstellt]“³;
- E. in der Erwägung, dass der Unionshaushalt ein sehr starkes Rating hat und der Zusammenhang zwischen der Finanzierung durch die Union und den politischen Strategien der Union für die europäischen Bürgerinnen und Bürger sichtbarer gemacht werden sollte;

Mehr echte Eigenmittel sind erforderlich

- 1. stellt fest, dass es bei der Einführung neuer Eigenmittel Verzögerungen gegenüber dem im rechtsverbindlichen Fahrplan von Anhang II der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 festgelegten Zeitplan gibt⁴; weist erneut darauf hin, dass schnell gehandelt werden muss; fordert den Rat daher nachdrücklich auf, den ersten Korb neuer echter Eigenmittel unverzüglich zu billigen;
- 2. ist der Ansicht, dass echte Eigenmittel die Union in die Lage versetzen sollten, die gemeinsamen Schulden und Zinsen im Rahmen von NextGenerationEU zurückzuzahlen; ist besorgt darüber, dass der erste Korb von echten Eigenmitteln nicht

¹ Konferenz zur Zukunft Europas, Vorschlag 16.

² Konferenz zur Zukunft Europas, Vorschlag 39.

³ [Urteil des Gerichtshofs vom 2. Oktober 2018, Französische Republik gegen Europäisches Parlament, C-73/17, ECLI:EU:C:2018:787, Rn. 35.](#)

⁴ [ABl. L 433 I vom 22.12.2020, S. 28.](#)

genügend Einnahmen generieren wird, um die Verbindlichkeiten im Rahmen der Schuldenaufnahme für NextGenerationEU zurückzuzahlen; nimmt die Zusage der Kommission zur Kenntnis, einen Vorschlag für den zweiten Korb neuer Eigenmittel bis Ende 2023 vorzulegen; hebt daher hervor, dass der zweite Korb an echten Eigenmitteln daher ambitioniert sein und ausreichende Einnahmen erzeugen muss; bekräftigt seine Forderung, dass diese neuen Eigenmittel echt und innovativ sind und Vorschläge wie beispielsweise den Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer und einen finanziellen Beitrag im Zusammenhang mit dem Unternehmenssektor sowie Einnahmen, die für die Unterstützung der politischen Strategien der Union, wie etwa der grüne und der digitale Wandel, bestimmt sind, umfassen; bekräftigt, dass die Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag für eine Digitalabgabe oder einen vergleichbaren Vorschlag vorlegen sollte, wenn keine Fortschritte bei der Umsetzung des Säule-1-Abkommens des inklusiven Rahmens der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/G20 erzielt werden; vertritt die Auffassung, dass Einnahmen, die durch die Umsetzung der Strategien der Union generiert werden, als allgemeine Einnahmen in den Unionshaushalt fließen sollen;

3. hebt hervor, dass neue echte Eigenmittel (auch bekannt als „neue Einnahmen“) dringend erforderlich sind, um den Unionshaushalt widerstandsfähiger und eigenständiger zu machen, damit die Union ihre politischen Maßnahmen erfolgreich umsetzen und ihr Ansehen als glaubwürdiger und klug agierender Emittent von Anleihen bei erhöhter Flexibilität und als wirklich souveräne Einheit sicherstellen kann;
4. ist der festen Überzeugung, dass den Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung von echten Eigenmitteln der EU und deren Auswirkungen auf ihr tägliches Leben deutlicher kommuniziert und erläutert werden sollten;
5. bekräftigt, dass mehr neue echte Eigenmittel mit der schrittweisen Senkung der auf der Grundlage des BNE zu leistenden Beiträge der Mitgliedstaaten einhergehen sollten; bekräftigt, dass nationale Rabatte abgeschafft werden sollten;
6. fordert die Kommission auf, fortlaufend und im Rahmen eines inklusiven und flexiblen Verfahrens neue solide und nachhaltige echte Eigenmittel vorzuschlagen; erwartet in diesem Zusammenhang die Vorschläge der Kommission und unterstützt eine engere interinstitutionelle Zusammenarbeit im Hinblick auf die Einrichtung eines Fonds für die strategische Autonomie der Union als Reaktion auf Krisen und exogene Schocks;
7. betont, dass das Verfahren, mittels dessen für die Kohäsionspolitik bereitgestellte Mittel an andere Instrumente, etwa die Aufbau- und Resilienzfazilität, übertragen werden, damit Notfallmaßnahmen finanziert werden können, das Gleichgewicht zwischen den langfristigen und kurzfristigen politischen Zielen der Union zu untergraben droht;

Mehr Transparenz und demokratische Kontrolle bei der Annahme von Eigenmitteln

8. fordert in diesem Zusammenhang, dass Artikel 311 Absatz 3 AEUV so geändert wird, dass das Parlament bei der Annahme neuer Eigenmittel mitentscheiden kann; betont, dass das derzeitige besondere Gesetzgebungsverfahren, das eine Beschlussfassung mit Einstimmigkeit im Rat und die Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten vorsieht, die Fähigkeit der Union, so rasch wie nötig zu handeln, stark einschränkt;

9. bedauert die systematische Schaffung und Nutzung von Instrumenten, Mitteln und Programmen zur gemeinsamen Schuldenaufnahme, darunter auch NextGenerationEU, die außerhalb des Unionshaushalts geführt werden und daher keiner Kontrolle oder Überwachung durch das Europäische Parlament unterliegen; besteht darauf, dass das Parlament in allen Fällen umfassend und gleichberechtigt mit dem Rat einbezogen wird;
10. fordert ferner, dass für den Erlass der Durchführungsmaßnahmen des Eigenmittelbeschlusses das ordentliche Gesetzgebungsverfahren angewendet wird und dass dem Parlament uneingeschränkte Haushaltsbefugnisse zugewilligt werden;

Mögliche sonstige Einnahmequellen

11. fordert die Schaffung eines dauerhaften und nachhaltigen Mechanismus, um die Schulden der EU zur Finanzierung der politischen Strategien und Programme der Union in Bereichen mit eindeutigem europäischen Mehrwert, etwa die Finanzierung einer Gesundheitsunion und/oder einer echten Energieunion, zu erhöhen; schlägt vor, dass mit dem Mechanismus dafür gesorgt werden sollte, dass der EU-Haushalt besser an spezifische Krisen und deren Auswirkungen angepasst und eingesetzt werden kann, um schnell darauf zu reagieren, wobei das Subsidiaritätsprinzip zu beachten ist;
12. fordert dementsprechend, dass die Verträge geändert werden und die Eigenmittelobergrenze dauerhaft erhöht wird.

Fiskalkapazität

13. spricht sich für eine Stärkung der Fiskalkapazität der Union hin zu einer echten Steuerunion und für ein wirksameres Vorgehen gegen Steuervermeidung aus.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	25.1.2023
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 14 -: 3 0: 7
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Gerolf Annemans, Gabriele Bischoff, Damian Boeselager, Gwendoline Delbos-Corfield, Salvatore De Meo, Daniel Freund, Charles Goerens, Esteban González Pons, Laura Huhtasaari, Victor Negrescu, Max Orville, Domènec Ruiz Devesa, Helmut Scholz, Pedro Silva Pereira, Sven Simon, Guy Verhofstadt, Loránt Vincze, Rainer Wieland
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Nathalie Colin-Oesterlé, Pascal Durand, Seán Kelly, Jaak Madison, Maite Pagazaurtundúa
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)	Leszek Miller

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

14	+
RENEW	Charles Goerens, Max Orville, Maite Pagazaurtundúa, Guy Verhofstadt
S&D	Gabriele Bischoff, Pascal Durand, Leszek Miller, Victor Negrescu, Domènec Ruiz Devesa, Pedro Silva Pereira
THE LEFT	Helmut Scholz
VERTS/ALE	Damian Boeselager, Gwendoline Delbos Corfield, Daniel Freund

3	-
ID	Gerolf Annemans, Laura Huhtasaari, Jaak Madison

7	0
PPE	Nathalie Colin Oesterlé, Salvatore De Meo, Esteban González Pons, Seán Kelly, Sven Simon, Loránt Vincze, Rainer Wieland

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung